

# Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

## Baustellen sind die Achillesferse

### Themen in dieser Ausgabe:

- Radverkehrspolitik
- Feinstaubproblematik
- Fraktionsrechte
- Bahnhofsentwicklung
- Energiepolitik
- Stadtbaurat M. Stojan
- PISA-Test
- Ruhrtriennale in Zweckel

### In dieser Ausgabe:

Baustellen sind Achillesferse	1
Feinstaubbelastung in Gladbeck: Nicht nur messen – handeln!	2
Doppelmoral á la DKP und BIG	2
Bahnhof West: Bürgerproteste endlich ernst nehmen!	3
Windkraft ist ein Exportschlager – Und muss es auch bleiben!	3
Michael Stojan ist ein Gewinn für Gladbeck	4
Stadt muss sich für Triennale offensiv engagieren!	5

**[26.10.05] „Die Achillesferse der fahrradfreundlichen Stadt Gladbeck sind nach wie vor die Baustellen“, urteilen die Grünen nach Auswertung des bundesweiten Fahrradklimatests 2005. Bei der Umfrage des ADFC unter Gladbecker Fahrradfahrern erreichte die Stadt den 19. Platz unter den 113 bewerteten Kommunen mit bis zu 100.000 Einwohnern.**

„Wie bei der letzten Bewertung im Jahr 2003 werden die Anstrengungen in der Radverkehrsförderung der vergangenen Jahrzehnte durch die Umfrageergebnisse insgesamt durchaus gewürdigt“, so Grünesprecher Bernd Lehmann. Von den Zweiradfahrern erhielt die Stadt Gladbeck mit einem Mittelwert von 2,97 die Note befriedigend. Da die Konkurrenz unter den teilnehmenden

Städten härter wurde, musste sie trotz gleicher Benotung wie in 2003 ihren damals erstrittenen, respektablen siebten Platz jetzt räumen.

Gladbecks Stärken sind die kurzen Wege. Die Erreichbarkeit des Stadtzentrums mit dem Fahrrad bewerteten die Radler überwiegend gut (1,87). Schlecht schneidet Gladbeck im

Am kritischsten beurteilen Gladbecks Radlerinnen und Radler aber weiterhin die Führung im Bereich von Baustellen. „Viel zu häufig wird man in unserer fahrradfreundlichen Stadt mit dem Schild ‚Radfahrer absteigen‘ konfrontiert“, unterstreichen auch die Grünen die Kritik. Mit der Baustellenabwicklung befasste sich der Bauausschuss auf Antrag der grünen Ratsfraktion bereits nach der Radler-Schelte aus der letzten Befragung.

Und schon am 24. November wird sich die Politik erneut mit Investitionen für Gladbecks Radlergemeinde beschäftigen, wenn über die Digitalisierung von Radwandertouren für GPS-Empfänger beraten wird. Denn Fahrradfahren soll auch Spaß machen. Und hier schneidet Gladbeck mit einer Note von 2,04 schon heute überdurchschnittlich ab.

Vergleich mit anderen Städten hinsichtlich der Reinigung von Radwegen ab. Hier hat sich die Bewertung von 3,64 vor zwei Jahren auf heute 3,83 sogar verschlechtert.

→ [Ergebnisse des Tests \(pdf\)](#)

→ [weitere Infos im Netz](#)



## Feinstaubbelastung in Gladbeck: Nicht nur messen – handeln!

**[21.09.05] Der Umweltausschuss der Stadt Gladbeck hat in seiner Sitzung am 12. September 2005 beschlossen, sich beim Umweltministerium des Landes NRW um die zeitweilige, möglichst baldige Stationierung einer mobilen Messstation an der B 224 in Gladbeck intensiv zu bemühen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen - möchte man doch Klarheit in Bezug auf die Feinstaubbelastung der auch vom Lastkraftverkehr viel befahrenen B 224 gewinnen. Auf diesem Fahrzeug sollte man sich jedoch nicht ausruhen, meint Fraktionsvorsitzender Marlo Herrmann, und fragt unter anderem nach der Ausstattung der städtischen Dieselfahrzeuge mit Rußpartikelfiltern.**

25 % der Feinstaubbelastung ist auf Emissionen des Straßenverkehrs zurückzuführen. Feinstäube sind für den Men-

schen besonders gefährlich. Sie entstehen durch den Ruß, der in den Verbrennungsmotoren der Dieselfahrzeuge entsteht. Die kleinen Rußpartikel in den Diesellabgasen können unter anderem Lungenkrebs hervorrufen. Kinder sind außerordentlich gefährdet. Die gefährlichen Abgase sind bis zu einer Höhe von 1,5 Metern besonders stark konzentriert – auf Höhe der Kindernasen. Auch bei älteren Menschen, deren Abwehrkräfte und Organfunktionen abnehmen, haben die Schadstoffe ein leichteres Spiel.

Gerade schwere Nutzfahrzeuge wie LKW und Busse haben besonders großen Einfluss auf die innerstädtische Luftbelastung. So wurde beispielsweise festgestellt, dass Busse zwar lediglich einen Anteil am Verkehr von 0,8 Prozent haben, jedoch für 21 Prozent der Stickoxidemissionen verantwortlich sind. Vergleichbare Erhebungen gibt es auch zum Feinstaub. Der ÖPNV - also der VRR und die Vestische Straßenbahnen - ist also besonders aufgefordert, seinem An-

spruch als sauberes, umweltgerechtes Verkehrsmittel gerecht werden und zur Entschärfung der Abgasproblematik beitragen.

"Die Stadt Gladbeck sollte sich deshalb unverzüglich um die Nachrüstung ihrer dieseltreibenden Fahrzeuge bemühen, falls noch nicht geschehen, und ihren Einfluss im Kreis geltend machen, um auch die Busse der Vestischen nachzurüsten", meint Bernd Lehmann, Vertreter der Grünen im Umweltausschuss. Auch die Ausweisung von Umweltzonen speziell in Wohngebieten, wo viele Kinder auf den Straßen spielen und durch Abgase besonders gefährdet sind, halten die Gladbecker Grünen für möglich: "Anstatt sich zurückzulehnen und auf eine der derzeit hoffnungslos ausgebuchten Messstationen zu warten, wäre es also sinnvoll, sich Gedanken über ein vernünftiges Maßnahmenpaket zur Reduzierung des Feinstaubes in Gladbeck zu machen."

→ [weitere Infos im Netz](#)



Pro zehn µg/m³ PM10 ist mit einer durchschnittlichen Verkürzung der Lebenserwartung der gesamten Bevölkerung um knapp sechs Monate zu rechnen

*„Anstatt auf eine der derzeit hoffnungslos ausgebuchten Messstationen zu warten, wäre es sinnvoll, sich Gedanken über ein vernünftiges Maßnahmenpaket zu machen!“*

## GRÜNE: Doppelmoral á la DKP und BIG

**[24.10.05] Ein örtliches "Demokratiedefizit" sleht die DKP beim Absetzen von Tagesordnungspunkten, wie ihr Sprecher Gerhard Dorka bemerkt. "Grundsätzlich alle Anträge auf die Tagesordnung zu setzen", forderte BIG-Sprecher Dieter Plantenberg.**

Es wäre schön, wenn die DKP-BIG-Vertreter dies auch selbst beherzigen würden. Zum Beispiel wurde in der letzten Sitzung des Sportausschusses am 29.09. beantragt, den TOP 10 von Bündnis90/DIE GRÜNEN bezüglich einer Konzeptionierung der Stadtsportlehrerstelle von der Tagesordnung zu setzen. Dabei führte Georg Laacks, Mitglied der GRÜNEN im Ausschuss, in der Begrün-

dung an, dass der Punkt auf der Tagesordnung verbleiben solle. Ziel sollte sein, Konzeption und Anforderungsprofil der Stelle frühzeitig und langfristig im Ausschuss zu entwickeln.

Weder von dem anwesenden Herrn Dorka von der DKP noch

vom BIG-Vertreter Flach gab es Widerspruch gegen die Absetzung des Tagungsordnungspunktes. Die BIG, deren eigener Antrag auf der Tagesordnung der Sitzung verblieb, hob dafür sogar noch die Hand und stimmte der Absetzung zu!

### Grüne Geschichte

1985 klagte die GRÜNE Ratsfraktion gegen die Stadt Gladbeck, da die SPD-Mehrheit im Rat – u.a. vertreten durch den damaligen Bürgermeister Wolfgang Röken – regelmäßig alle grünen Anträge von der Tagesordnung absetzen ließ. Dabei gestattete der SPD-Bürgermeister der GRÜNEN Ratsfraktion nicht, ihre Anträge inhaltlich zu begründen.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen folgte in seiner Rechtsprechung der Argumentation der Grünen und brachte es wie folgt auf den Punkt: „Das Recht einer Fraktion, einen von ihr eingebrachten Antrag mündlich zu erläutern und zu begründen, findet seine Schranken lediglich in der Redezeitbeschränkung [...]“

→ [Zum Urteil vom 20. Februar 1997 \(pdf\)](#)



Werden kleine Fraktionen im Rat benachteiligt? (Bild: Stadt Gladbeck)

## Bahnhof West: Bürgerproteste endlich ernst nehmen!

**[22.10.05] Schon im nächsten Jahr sollen die Umbau- und Neubaumaßnahmen an den Bahnhöfen West, Ost und Zweckel fertiggestellt sein. Das zumindest verkündete der SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Röken Ende Februar über die Lokalpresse.**

Ein Jahr nach der beeindruckenden Demonstration des Seniorenbeirats und der Arbeitsgemeinschaft zur Integration behinderter Menschen am Bahnhof West scheint trotz der Versprechungen aus Düsseldorf eine Lösung der äußerst unbefriedigenden Situation an den Gladbecker Schienenhaltepunkten weiterhin nicht in Aussicht. „Herr Röken hatte seine damalige Pressekonferenz genau an dem Tag abgehalten, als unser Antrag zum Bahnhofsausbau im Stadtplanungs- und Bauausschuss behandelt wurde“, erinnert sich

Grünensprecher Bernd Lehmann. Während der SPD-Politiker wieder einmal ein neues Ausbaudatum verkündete, bat die Verwaltung um Vertagung des grünen Antrags, da es keinen neuen Sachstand zu berichten gäbe. Ausbauentwürfe lägen entgegen der zeitgleichen Äußerungen von Röken nicht vor.

„Knapp 10.000 Bürgerinnen und Bürger haben mit Ihrer Unterschrift Verbesserungen am Bahnhof angemahnt und trotzdem zeigen sich die Verantwortlichen unbeeindruckt“, ärgert sich der Grünenpolitiker. Erneut fordert die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN daher einen Sachstandsbericht für die Sitzung des Bauausschusses am 24. November ein. Die Diskussion um Minimalösungen, bei denen auf eine Anbindung an die Europabrücke verzichtet wird, verfolgen die Grünen mit Skepsis. „Solche Überlegungen können nur von Bürokraten am

Schreibtisch ausgedacht werden“, kritisiert Lehmann. Schließlich ginge es auch um einen behindertengerechten Umstieg von den Bussen in die Bahn. Der Weg von den Bushaltestellen über die steilen Brückenrampen bis zu den Bahnsteigen sei gerade für ältere Menschen beschwerlich.

Die beachtliche Unterschriftenaktion des Seniorenbeirats verstehen die Grünen als Verpflichtung, das Thema wiederholt auf die politische Agenda zu holen. Sie berufen sich auch auf den dritten Ausführungsvertrag aus dem Jahr 1993 zum Ausbau der S-Bahn 9, mit dem sich Bahn und Land zur Aufwertung des Bahnhofes West verpflichtet haben.

→ [zum Antrag](#)

→ [Schreiben an die DB AG](#)

→ [weitere Infos im Netz](#)



„Gladbeck muss zum Zuge kommen“

*„Knapp 10.000 Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift Verbesserungen angemahnt!“*

## Windkraft ist ein Exportschlager – und das muss so bleiben!

**[Berlin, 31.10.05] Zu den Äußerungen von IG BCE-Vorsitzenden Schmoldt zur Energieförderung erklärt Bärbel Höhn MdB:**

Wie widersprüchlich sind doch die Forderungen des IG BCE-Vorsitzenden Schmoldt. Er fordert die Gleichbehandlung von Energieförderung und greift gleichzeitig die Förderung der Windkraft an.

Hat Herr Schmoldt vergessen, wie hoch die Atomenergie gefördert wurde und immer noch wird?

Meint Herr Schmoldt, auch Erneuerbaren Energien sollte so viel Förderung zugestanden werden wie der Steinkohle? Schmoldt verfährt offensichtlich nach dem Motto: Steinkohle- und Atomförderung Ja, Windkraftförderung Nein. Die Unterstützung der Wind-

kraft durch die Einspeisevergütung geht Jahr für Jahr zurück. In wenigen Jahren wird sie sich ohne Unterstützung auf dem Markt behaupten können. Das können wir von der Steinkohle, die in Deutschland aus über 1000 Meter Tiefe herausgeholt wird, nicht sagen.

Inzwischen hängen 65 000 Arbeitsplätze an der Windkraft, 35 000 an der Steinkohle, 40 000 an der Atomenergie. Will Herr Schmoldt die 65 000 Arbeitsplätze gefährden? In NRW wird bereits von der CDU/FDP-Regierung ein Windkraftgesetz erarbeitet, der neue Windkraftanlagen de facto nicht mehr zulässt. Der zuständige Minister Wittke, CDU, hat zur Windkraft gesagt: Das sei das erste, was sie kaputt machen werden. Ein Minister, der einen ganzen Wirtschaftszweig kaputtmachen will. Ungewöhnlich für eine Partei, die das Motto ausgibt: Sozial ist, was Arbeit

schaft.

Nun auch Herr Schmoldt. Es gilt offensichtlich das Motto: Arbeitsplätze in der Steinkohle und der Atomenergie werden von der IG BCE unterstützt, die lästige Konkurrenz Windkraft, die darüber hinaus insbesondere Arbeitsplätze in kleinen und mittelständischen Betrieben geschaffen hat, nicht. Eine seltsame Strategie. Wir werden CDU/CSU und SPD bei Ihren Gesprächen über eine große Koalition auch in dieser Frage sehr genau auf die Finger schauen.

Es gibt wenige Bereiche, in denen Deutschland Weltmarktführer ist. Die Windkraft gehört dazu. Aber nachdem Toyota nun mit dem Hybridmotor, von dem wichtige Grundlagen in Deutschland entwickelt wurden, gutes Geld verdient, soll es nun einem weiteren Erfolgsmodell an den Kragen gehen.



Atomkraft neun danke!

## Michael Stojan ist ein Gewinn für Gladbeck

**[03.11.05] In den bisherigen viereinhalb Jahren seiner Tätigkeit als Gladbecker Baurat hat Michael Stojan deutlich positive Akzente in unserer Stadt gesetzt. Dies ist jedenfalls die klare Einschätzung der bündnisgrünen Ratsfraktion.**

"Stojans Engagement für eine behutsame Stadtplanung und der hohe Stellenwert, den er dem Erhalt und der Herausbildung der nicht gerade zahlreichen stadtbildprägenden Gebäude und Ensembles zubilligt, ist genau das, was Gladbeck braucht!" urteilt Grünen-Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann.

Die Befürchtung, dass der parteilose Stadtbaurat trotz alle-

dem von der SPD auf dem Altar parteipolitischer Interessen geopfert werden soll, teilen die Grünen - leider! Herrmann: "Wir können die SPD nur vor Versuchen warnen, die Genossenherrlichkeit früherer Jahre wiederherzustellen! Dass die SPD stärkste Fraktion im Rat geworden ist, sollte sie nicht als Freifahrtschein zurück in alte Zeiten betrachten, als man nur mit dem richtigen Parteibuch im Rathaus Karriere machen konnte. Das wollen die GladbeckerInnen sicherlich nicht und würden bei der nächsten Wahl ihre Konsequenzen daraus ziehen!" Die Bündnisgrünen sind allein schon deshalb unverdächtig aus sachfremden Erwägungen zu argumentieren, weil Stojan bei seiner ersten Wahl ihre Stimmen nicht erhalten hatte. Ratsherr Bernd Lehmann, Mit-

glied im Stadtplanungs- und Bauausschuss: "Wir halten die Grundlinien der Arbeit des Baurats für gewinnbringend, etwa beim Bau des neuen Verwaltungsgebäudes oder beim Projekt 'Roter Turm' am alten Schlachthofgelände. Dass wir uns auch gegenüber Stojan konsequent für Umweltbelange bei der Stadtentwicklung einsetzen, ist dabei kein Widerspruch."

Die Grünen verlangen von der Ratsmehrheit aus SPD, BIG und DKP klare Aussagen. "Es geht nicht um einen Persilschein, aber um klare Signale der Bereitschaft, die positive Stadtentwicklungspolitik mit Baurat Stojan fortsetzen zu wollen", so Herrmann.

→ [Projekte für die Zukunft Gladbecks](#)



Der Verwaltungsneubau – ein Projekt unter der Federführung des Stadtbaurates – wurde einstimmig vom Rat beschlossen.

## Immer noch zu viele Bildungsverlierer in Deutschland!

**[Berlin, 03.11.05] Zu den Ergebnissen der nationalen PISA-Ergänzungsstudie erklären Krista Sager MdB und Priska Hinz MdB:**

In Deutschland gibt es immer noch zu viele Bildungsverlierer. Es ist skandalös, dass nach wie vor die soziale Herkunft maßgeblich über den Bildungserfolg bestimmt.

Im Vergleich zur letzten PISA-Studie sind für Deutschland einige erfreuliche Verbesserungen zu beobachten. Bedenklich stimmt aber, dass ausgerechnet bei der Lesekompetenz kaum Verbesserungen zu verzeichnen sind. Dabei ist Lesen die wichtigste Kulturtechnik, deren Nicht-Beherrschung von der Teilhabe an der Gesellschaft ausschließt.

Der "PISA-Schock" 2001 zeigte besonders bei Eltern aus bildungsnahen Schichten Wirkung: sie bemühten sich verstärkt um die Förderung ihres Nachwuchses. Kinder aus sozial benachteiligten Schichten, insbesondere mit Migrationshintergrund, haben es immer noch schwer. Einerseits ist es

für sie schwierig, überhaupt ein hohes Kompetenzniveau zu erreichen. Aber selbst wenn sie ein hohes Leistungsniveau erreichen, haben sie noch immer viel größere Probleme als Gleichaltrige mit einem günstigeren sozialen Hintergrund, den entsprechenden hohen formalen Bildungsabschluss zu bekommen.

Aus demokratischen, sozialen und ökonomischen Gründen kann es sich unsere Gesellschaft nicht leisten, so viele junge Menschen zurückzulassen. Zumal wir aufgrund des demografischen Wandels zukünftig mehr möglichst gut ausgebildete Menschen brauchen.

Die Ergebnisse zeigen, wo dringend Handlungsbedarf besteht:

- Die vorschulische Bildung muss gestärkt werden: wir brauchen mehr Betreuungsplätze und mehr Qualität bei Erziehung und Bildung. Die frühkindliche Förderung muss einen neuen Stellenwert bekommen.

- Individuelle Förderung muss in allen Schulen in den Vorder-

grund rücken.

- Längeres gemeinsames Lernen muss ermöglicht werden. Bildungssysteme in anderen Ländern, die als Leitmotiv haben "Kein Kind darf zurückgelassen werden", sind erfolgreicher. Daran sollte sich Deutschland orientieren und aufhören, so früh wie bislang zu selektieren.

- Die Sprachförderung bei Migrantenkindern muss intensiviert werden. Eltern sind stärker einzubeziehen, interkulturelle Erziehung und Bildung müssen in vorschulischen und schulischen Einrichtungen einen größeren Stellenwert erhalten.

Angesichts der PISA-Ergebnisse ist es umso erstaunlicher, dass Union und SPD den Bund weitestgehend aus der Bildungspolitik heraushalten wollen. Wir meinen: der Bund muss auch künftig in Kooperation mit den Ländern Programme zur Qualitätsverbesserung an Schulen auflegen können wie z.B. das sehr erfolgreiche Ganztagschulprogramm.

*„Kein Kind darf zurückgelassen werden!“*



Längeres gemeinsames lernen anstatt frühe Selektion

## Stadt muss sich für Triennale offensiv engagieren!

**Eine Zusammenarbeit mit der Stadt habe er nicht wahrgenommen. Mit diesen vernichtenden Worten wird Jürgen Filmm, Intendant der RuhrTriennale, im Zusammenhang mit der diesjährigen Inszenierung in der Maschinenhalle Zweckel zitiert.**

„Das ist keine Manöverkritik mehr, das ist die Höchststrafe für die Gladbecker Verwaltung!“ zeigt sich Grünen-Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann entsetzt, „Hierüber muss offen gesprochen werden, damit für die Zukunft

mögliche städtische Defizite abgebaut werden können.“

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion jetzt einen Antrag für die kommende Sitzung des Kulturausschusses gestellt. Barbara Holt, für die Grünen im Kulturausschuss, möchte auch künftig die Maschinenhalle als Triennale-Spielort erhalten: „Schon der Imagegewinn für die Stadt durch dieses kulturelle Highlight ist immens. Dabei ist es unerheblich, ob ein zugegebenermaßen schwieriges Stück wie „Das Eis“ vor ausverkauften Rängen aufgeführt wird oder nicht. Die Triennale ist eben kein Masse-

nevent, sondern will auch experimenteller Kunst eine Bühne bieten!“

Fest steht für die Grünen jedoch, dass es eines eigenen Engagements der Stadt bedarf. „Wenn die Kulturverwaltung ‚Dienst nach Vorschrift‘ praktiziert, wird die Triennale bald einen Bogen um unsere an überörtlich wahrgenommenen Attraktionen ohnehin nicht reiche Stadt machen. Bündnis 90 / Die Grünen zumindest wollen das um jeden Preis verhindern!“

→ [zum Antrag im Netz](#)



Auch in Zukunft die Maschinenhalle bespielen

## „Krieg gegen den Terror“ rechtfertigt keine Menschenrechtsverletzung!

**[Berlin] Die USA verweigern einer Delegation der Vereinten Nationen, im Gefangenenlager Guantanamo mit Inhaftierten zu sprechen.**

„Nicht einmal China verweigert der UNO das Gespräch mit Häftlingen“, kritisierte Claudia Roth die US-Regierung. Die Auflagen seien „inakzeptabel“. Ob die Reise zustande kommt, ist fraglich. „UN-Ermittler lassen sich nicht eine Art, ‚Führung‘ durch Guantanamo bieten“, hieß es am Sitz der UNO in New York.

Die Vereinten Nationen fordern seit fast vier Jahren, das umstrittene Gefangenenlager der USA zu besuchen. Nachdem

das US-Verteidigungsministerium Ende Oktober einem Besuch der UNO-Menschenrechtsdelegation zugestimmt hatte, ruderte Minister Donald Rumsfeld nun zurück. Er untersagte den UNO-Abgesandten offiziell, mit Häftlingen zu sprechen.

**Humanitäres Völkerrecht muss auch in Guantanamo gelten**

Die USA begründen das Verbot damit, dass sie sich im „Kriegszustand“ befänden. Die GRÜNE Bundesvorsitzende Claudia Roth mahnte die Bush-Regierung, dies nicht als Rechtfertigung für Menschenrechtsverletzungen zu missbrauchen: „Der ‚Krieg gegen den Terror‘, den die US-Regierung führt, gibt den USA

nicht das Recht, ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu verletzen.“ Die Häftlinge auf Guantanamo seien in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht zu behandeln, so wie die Genfer Konvention es festschreibe, erklärte Roth am Mittwoch in Berlin. „Ein ‚Kriegsrecht à la carte‘, in dem jeder sich herauspickt, was ihm gefällt, ist vollkommen unannehmbar.“ Auf dem amerikanischen Stützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba halten die USA 520 Terrorverdächtige ohne Anklage oder Prozess fest. Roth warnte davor, den Inhaftierten einen fairen Prozess zu verweigern: „Wer Menschenrechte einschränkt, schwächt den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.“

*„Ein ‚Kriegsrecht à la carte‘, in dem jeder sich herauspickt, was ihm gefällt, ist vollkommen unannehmbar.“*

## Wiedereinführung der Käfighaltung ist tierpolitischer Offenbarungseid

**[Berlin, 02.11.05] Anlässlich der in den Koalitionsverhandlungen beschlossenen Abschaffung des Käfighaltungsverbot für Hühner und der Einführung einer Kleinvollere erklärt Ulrike Höfken MdB:**

Union und SPD betreiben Etikettenschwindel auf Kosten des Tierschutzes. Die Kleinvollere ist eine Wortkreation, die den altbekannten kleinen Kä-

fig in neue Gewänder kleidet. Die Vögel haben unwesentlich mehr Platz, flattern ist kaum möglich und fliegen schon gar nicht. Artgerechte Tierhaltung sieht anders aus!

Die Kleinvollere ist für uns weder die Umsetzung des Staatszieles Tierschutz, noch erfüllt sie die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes, das sich 1999 klar gegen die Käfighaltung ausgesprochen hat.

Die große Koalition macht deutlich, dass für sie die Interessen der wenigen industriellen Geflügelhalter wichtiger sind als die Lebensbedingungen der Tiere und die Wünsche der Verbraucher. Nach geltendem Gesetz sollte die Käfighaltung ab 2007 verboten werden. Dies wird jetzt durch die große Koalition geändert. Eine Vielzahl von Betrieben hatte sich bereits darauf eingestellt.



Das Bundesverfassungsgericht hat sich gegen die Käfighaltung ausgesprochen



*Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Gladbeck*

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann  
Stadtverbandssprecher  
Rentforter Straße 43 a  
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12  
Fax: 0 20 43 / 2 17 76  
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ  
UNTER  
[WWW.GRUENE-GLADBECK.DE](http://WWW.GRUENE-GLADBECK.DE)

**Zu diesem Newsletter:**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** [gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de)

→ **abmelden:** [gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de)

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

# November

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
<b>07</b> Offene Spielstunde, Musikschule	<b>08</b> Blutspendedienst des DRK, Erich-Kästner-Realschule	<b>09</b> Gedenken an die Reichspogromnacht, Stele Wittringen	<b>10</b> 1, 2, 3, Zwerge kommt herbei, Stadtbücherei	<b>11</b> Martinsumzug Richard Rogler, Stadthalle	<b>12</b> let's dance, die Party ab 25, Hotel van der Valk	<b>13</b> Schweigemarsch Volkstrauertag, Ehrenmal Wittringen
<b>14</b>	<b>15</b> Gladbeck 1943 1948, VHS Gladbeck	<b>16</b>	<b>17</b> Girls Rex: Dogtown Boys, Kommunales Kino	<b>18</b> 11:14 Elevenfourteen, Kommunales Kino	<b>19</b> Kunstauktion für den Galerieanbau, Städt. Galerie	<b>20</b> Tanztee mit live-Musik, Hotel van der Valk
<b>21</b> Umweltausschuss	<b>22</b>	<b>23</b> Christian Heek, Held der Farbe, Stadtbücherei	<b>24</b> Stadtplanungs- und Bauausschuss	<b>25</b> Märchenhafte Weihnachten, Weihnachtsmarkt Schloß Wittringen	<b>26</b> Adventsmarkt, Rosenhügel	<b>27</b> Ausstellung Haben wir den Ozean verloren, Städt. Galerie
<b>28</b> Kulturausschuss	<b>29</b> Jugendhilfeausschuss	<b>30</b>	<b>01</b> Krimi-Dinner, Wasserschloss Wittringen	<b>02</b> Nicolausmarkt, Willy-Brandt-Platz	<b>03</b> Ü40-Party, Hotel van der Valk	<b>04</b> Festkonzert, 40 Jahre Musikschule